

Ausläufer der multiplen Krise

Neue Bruchlinien und die autoritäre Intensivierung des neoliberalen Paradigmas, oder: Austria First!

Martin Pachel

“Only competition makes competitive.” (Bröckling 2013, 107)

Während eine Vielzahl an Erklärungsansätzen zu Ursachen, Tragweite, Dynamik und Folgen der Krise von 2008/09 aus unterschiedlichen Perspektiven vorliegt, besteht das Anliegen dieses Beitrages darin, eine spezifische Sichtweise der Folgen der Krise zu präsentieren, die in erster Linie die Charakteristika der Bruchlinien der gegenwärtigen neoliberalen Hegemonie analysiert und, daran anschließend, den Versuch unternimmt, das Phänomen „Krise“ sowie damit verbundene Aspekte (die multidimensionalen Konsequenzen verstärkter Austeritätspolitik betreffend: Einschnitte in wohlfahrtsstaatliche Systeme, Etablierung von Konditionalität im Zugang zu Transferleistungen, gesellschaftliche Radikalisierung in Form von Hinwendung zu Rechtsparteien, Nationalismus und Rassismus, die Intensivierung autoritärer und disziplinierender Elemente in der Politikgestaltung, Erosion demokratischer Prozesse, Ausbreitung ökonomistischer Imperative) in der Form von „Blitzlichtern“ (Facetten) abzubilden und entlang ausgewählter Themenbereiche zu reflektieren (vgl. Mason 2011 zu den Grundlagen der „facet methodology“; zur Analyse polit-ökonomischer Fragestellungen Bruff in Tansel 2017, 150ff). „Akademischen Konventionen entsprechend wird das nahtlose Netz der realen sozialen Welt in separate Sphären unterteilt, die jeweils eigener theoretischer Bearbeitungsformen bedürfen; dies ist ein notwendiger und praktischer Weg des Erkenntnisgewinns. Die Betrachtung einer ungeteilten Totalität mag zwar zu begründeten Abstraktionen oder mythischen Enthüllungen führen, das praktische Wissen (eines, das handlungsanleitend wirksam werden kann) ist seinem Ursprung nach jedoch immer partiell oder fragmentiert.“ (Cox, in Opratko und Prausmüller 2011). Gerade durch die Auswahl und Analyse einzelner Facetten, deren Kombinationen und Konstellationen ein Forschungsfeld konstruieren (vgl. Mason 2011, 76), soll der Komplexität des vorliegenden Phänomens Rechnung getragen und ein Beitrag zu einem Verständnis desselben geleistet werden, der unterschiedliche Disziplinen und Sichtweisen verbindet und schließlich auch eine Grundlage für die Entwicklung widerständiger Strategien und Praktiken liefern kann (und soll): „

Downscaling from a state-level analysis to studying the concrete effects of authoritarian neoliberalism on everyday lives helps us understand the manifold ways in which the enshrinement of a particular ‚economic‘ discipline shapes subjectivities and defines the conditions of possibility for resistance and designing political alternatives. (Tansel 2017, 12).

Bis zum Zeitpunkt des Ausbruches der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wurde eine verstärkte wirtschaftspolitische Integration angestrebt, die auch durch einen weitreichenden Konsens abgesichert war. Die einzelnen Mitgliedsstaaten hatten sich trotz herrschender Unterschiede die Entwicklung des gemeinsamen Binnenmarktes zum Ziel gesetzt, von dessen Etablierung sie sich im Zuge des freien Waren-, Finanz-, Dienstleistungs- und

Personenverkehrs Vorteile erwarteten. Es ist dabei wichtig zu beachten, dass diese (vorrangig wettbewerbsstaatliche) Integrationsweise ein Projekt darstellte, das in erster Linie von der Europäischen Kommission und einzelnen Regierungen vorangetrieben wurde. Deutschland verfolgte beispielsweise das Ziel der Schaffung des Euro zur Stabilisierung der eigenen Exportwirtschaft (vgl. Wöhl 2007 sowie Georgi/Kannankulam 2012, 2). „Als Bedingung für die Rettung ihrer Kreditgeber werden Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und weitere Staaten gezwungen, Strukturanpassungsprogramme und Austeritätspolitik umzusetzen, und die daraus resultierende Rezession in Kauf zu nehmen. Primär vorangetrieben wird diese Politik durch die deutsche Regierung und ihre autoritär-neoliberalen Verbündeten in anderen Exportländern, in der EU-Kommission, in der EZB und im IWF. Immer wieder kam es zu Situationen, in denen eine unkontrollierte Eskalation der Krise, ein Auseinanderbrechen der Eurozone, unmittelbar bevor zu stehen schien [...]“ (Georgi und Kannankulam 2012, 3).

Spätestens mit dem Ausbruch der Krise wurde zunehmend deutlicher, dass dieser Elitenkonsens nicht über eine europäische Zivilgesellschaft abgesichert wurde und sich die EU in der Situation einer Neuverhandlung befindet. An dieser Stelle knüpft der vorliegende Beitrag an und beleuchtet im Zuge der Neuverhandlung eines EU-weiten Kompromisses über die zukünftige Ausrichtung der Entwicklung des europäischen Projektes ausgewählte Aspekte, die als symbolisch für erwähnte Bruchlinien aufgefasst werden.

Autoritärer Neoliberalismus: TINA in den Alpen

Zur Bekämpfung der Folgen der Krise wurde weitgehend auf harte Austeritätspolitik gesetzt¹, die im Zuge eines desperaten Versuchs der Wiederbelebung des vor 2008 dominanten Wachstumsmodells den Abbau europäischer Wohlfahrtssysteme, die Kürzung sozialer Ausgaben und Löhne und damit, so wird im Folgenden argumentiert, die Erosion demokratischer Prozesse und politischer wie gesellschaftlicher Partizipation befördert, die sich schließlich auf Ebene der EU in Form einer Fragmentierung auf Basis unterschiedlicher (nationaler) Interessen zeigt.

Ausgehend von Bruffs Entwurf des „Authoritarian Neoliberalism“ (vgl. Bruff 2014 und Tansel 2017, in Hinblick auf die Arbeitsmarktpolitik in Österreich siehe Koza 2018 und Theurl 2018), das eine autoritäre Verstärkung neoliberaler Politik als Reaktion auf die durch sie erzeugten (und hier als „Bruchlinien“ bezeichneten) Verwerfungen beschreibt, wird eine sozioökonomische, neo-gramscianische Perspektive definiert (siehe auch Abb. 1). Diese umfasst die Konzeption sozialer Felder, in denen Verhandlungen über Hegemonie stattfinden, ebenso wie eine Reflektion der Rolle Intellektueller in der Schaffung eines (Machtverhältnisse stützenden) sozialen Mythos, d. h. in der Vermittlung und Erzählung bestimmter Programmatiken zur Herstellung eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses. Vor allem die Vermittlung ökonomischer Notwendigkeit als Voraussetzung der Durchsetzung rigider Austeritätspolitik ist im Zuge der Verlagerung aller Verantwortlichkeit (im Sinne eines „Lebensentwurf-Managements“, das Erfolg oder Scheitern subjektiver Pläne rein der Leistungsbereitschaft zuschreibt) in die individuelle Sphäre heute von Bedeutung (und wird weiter unten noch ausführlicher behandelt).

Die hier und in weiterer Folge aufgegriffenen Aspekte erstrecken sich von den weitreichenden Konsequenzen perpetuierter Austeritätspolitik als Reaktion auf die Krise – wie dem Abbau wohlfahrtsstaatlicher Systeme – über die Intensivierung autoritärer Elemen-

te neoliberaler Politik, die Aushöhlung und Umgehung demokratischer Prozesse, dem Siegeszug rechtsextremer Parteien bis hin zur Disziplinierung (und Radikalisierung) bestimmter gesellschaftlicher Fraktionen und stellen in dieser Betrachtungsweise Manifestationen einer – seit der Krise immer deutlicher sichtbar und für weite Teile der europäischen Gesellschaften alltäglich erfahrbarer werdenden – neuen Brüchigkeit der neoliberalen Hegemonie dar. Im Zentrum des Interesses stehen dabei in erster Linie die unterschiedlichen Reaktionen von Regierungen, EU-Institutionen, ökonomischen Fraktionen etc., die mit dem Ziel getätigt wurden, diesen Bruchlinien innerhalb des neoliberalen Paradigmas zu begegnen und den hegemonialen status quo zu verteidigen oder den Versuch unternehmen, für ein neues Hegemonie-„Projekt“ zu werben (vgl. Buckel, Georgi, Kannankulam, Wissel, Staatsprojekt Europa 2012). Die Ausgangsthese: Nachdem das – in erster Linie von ökonomischen Überlegungen und Prozessen getragene – Projekt des europäischen Binnenmarktes mit und nach der Krise keine bzw. mangelnde Unterstützung in der europäischen Zivilgesellschaft fand und mittlerweile nicht mehr von einem weitreichenden Konsens, der auch gegensätzliche Interessen inkludierte (oder zumindest über Zugeständnisse befriedete), gestützt wird, wurde die neoliberale Vormachtstellung zwar nicht gebrochen, aber seitdem verstärkt hinterfragt (vgl. Staatsprojekt Europa 2012)² und bedient sich – als Verteidigungsreaktion zur Stabilisierung der eigenen Position – vermehrt autoritärer Diskurse und Politiken. Dieser Autoritarismus manifestiert sich letztendlich auch einer undemokratischen Neukonfiguration des Staates, der einerseits Regeln unterworfen wird, die für die Aufrechterhaltung von Wachstum und Wohlstand als unumgänglich propagiert werden, und andererseits selbst bestrebt ist, Dissens in Bezug auf im Namen ökonomischer Notwendigkeit durchgesetzter Politiken zu unterdrücken.

Wenngleich die neoliberale Hegemonie ihre Vormachtstellung nicht verloren hat, ist eine zunehmende autoritäre Verstärkung zu beobachten, die sich darin äußert, dass zum Zwecke der Absicherung von Machtverhältnissen und zur Abstützung eines gesellschaftlichen Kompromisses Disziplinierung (von Mitgliedsstaaten, Regierungen und Haushalten) sowie Erniedrigung, Verhöhnung und Diskreditierung von oppositionellen Projekten und Gruppen an die Stelle von Konsens, Kompromissbildung oder Befriedung bzw. Einbindung abweichender Interessen und Gruppen getreten sind (vgl. Bruff 2014, 115).

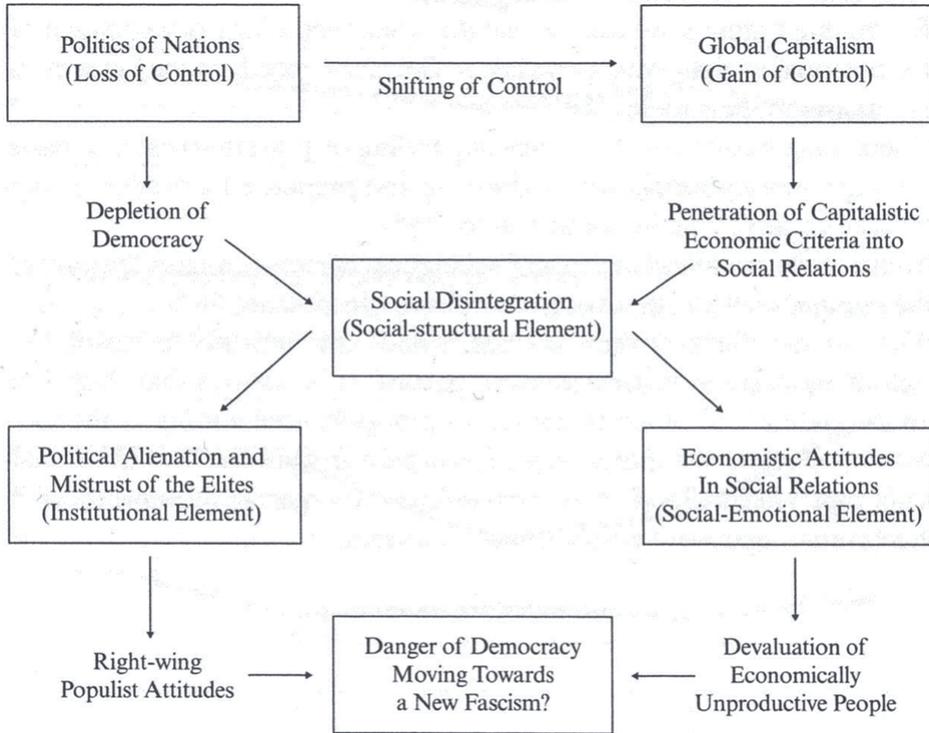


Abb. 1: Analyserahmen zu Dynamiken des autoritären Kapitalismus. Quelle: Klein, Heitmeyer 2011, 363, in Pfeffer 2016, 35

Die Brüchigkeit des derzeitig dominierenden ökonomischen Projektes manifestiert sich also auch in einer Verstärkung von Disziplin und Kontrolle wohlfahrtsstaatlicher Modelle und abweichender fiskalpolitischer Vorschläge und Programme (vgl. Becker, Jäger und Weissenbacher in Jäger und Springler, 2015 , 91); die Versuche, die Risse im bestehenden Paradigma unter Zuhilfenahme eines Arsenal an neoliberalen Maßnahmen und Politiken zu flicken, führen auf gesellschaftlicher Ebene zu zunehmender Perspektivlosigkeit in gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Hinsicht und leiten über zu einer sich aus dem unglückseligen Zusammenspiel von Wut und Verzweiflung ergebenden Radikalisierung und Hinwendung zu autoritären und totalitären Politikvorstellungen. “The basic figuration shows that there has been a control gain for authoritarian capitalism and a control loss for national politics. This control loss leads to a depletion of democracy, in the sense of a loss of popular confidence generated by politics associated with the aforementioned risks of disintegration, fear of loss of status, etc. for particular population groups.” (Heitmeyer in Pfeffer 2016, 35).

Die im Namen ökonomischer Notwendigkeit unter Ausschluss bzw. Marginalisierung betroffener Gruppen vorgenommene Restrukturierung des Staates führt demnach zu Radikalisierungstendenzen auf gesellschaftlicher Ebene, die entlang folgender Dimensionen erfasst werden können (angelehnt an Lazzarato, 2012):

1. Der Verlust politischer und gesellschaftlicher Partizipationsperspektiven aufgrund ökonomischer Restrukturierungsprozesse, die einer individualisierenden ökonomischen Rationalität folgen. Dies mündet in einer graduellen Adoption eines sozialen Mythos, der auf individueller Leistungsbereitschaft und dadurch erst ermöglichter Zielerreichung sowie ökonomischer „Vernunft“ als zentrale Bestandteile aufbaut.
2. Die aktive Verschiebung des Fokus öffentlicher Debatten auf die „Migrationskrise“, auf deren Basis der – im Namen der persönlichen und öffentlichen Sicherheit als unumgänglich vermittelte – verstärkte Rückgriff auf law-and-order Politik, Kontrolle und Überwachung legitimiert wird.
3. Die stets präsente und präsent gehaltene Gefahr sozialen Abstiegs aufgrund von Verlust des Arbeitsplatzes (Rationalisierungsprozesse als Ergebnis globaler Produktionsverflechtungen, von De-Industrialisierung oder Digitalisierung). Arbeit stellt nicht mehr die Grundlage und Voraussetzung sozialen Aufstiegs dar, sondern steht im Rahmen der Prozesse prekärer Flexibilisierung von Arbeitsmärkten emblematisch für die Gefahr sozialer Abstiege (vgl. Nachtwey 2017, 121).
4. Die durch die expansive Anwendung und Übertragung ökonomistischer Rationalität und neoliberalen Jargons auf jegliches Handeln beförderten Transformation von Staatsbürger_innen in „Unternehmer der eigenen Misere“ (Lazzarato, 2012, 11), die schließlich zu einer Diffusion dieser Rationalität und des neoliberalen Management-Jargons in die gesellschaftliche Ebene führt und damit zur Konstruktion von ökonomischen Erklärungsmustern und Wirkungszusammenhängen.
5. In der Folge fungieren nunmehr Unternehmen und die mit ihnen einhergehende Rationalität in diesem Kontext als Modell sozialer Beziehungen und Zusammenhänge. „Management“, beispielsweise der eigenen Berufslaufbahn, sozialer Dienstleistungen oder öffentlicher Budgets, rückt in den Vordergrund, was sich in erster Linie auch in der Einführung von Konditionalität im Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen, der Verschiebung von „welfare“ zu „workfare“ und damit von Anspruchsberechtigten zu „Hilfsempfänger_innen“, manifestiert (vgl. Rioux, in Tansel 2017, Theurl 2018).
6. Auf dieser Basis werden nun Konzeptionen wie „Kultur“ oder „Grundwerte“ bemüht, die im öffentlichen medialen Diskurs nahtlos an die Stelle von „Rasse“ treten, und dadurch das letzte verbindende Element der im Rahmen von Austeritäts- und Kürzungspolitik disziplinierten und teil-enteigneten Milieus in einem rassistisch geprägten Diskurs mobilisiert. Dazu Franco Berardi (in Pfeffer 2016, 10): “[...] from Narendra Modi’s India to Trump’s United States, to Orbán’s Hungary, to Kaczyński’s Poland and Theresa May’s United Kingdom – what they are all again saying is: do not think of yourselves as defeated, impoverished workers, think of yourselves as white warriors, and you will win. They will not win, but they might destroy the world.” Im Zuge dessen werden nicht nur immer wieder entsprechende Begrifflichkeiten (zuletzt beispielsweise FP-Landesrat Waldhäusl, der den nationalsozialistischen Begriff der „Sonderbehandlung“ im Zusammenhang mit der Internierung von Asylwerber_innen verwendete) in einem biologisierenden und naturalisierenden Diskurs bemüht.

Krisen- und Austeritätsdiskurse: Intellektuelle, Zumutbarkeit und die Überflüssigen

Wie schon erwähnt, ist es innerhalb dieses Rahmens, und zum Verständnis, wie herrschende Fraktionen ihre Vormachtstellung absichern, von besonderer Bedeutung, Konzepte von Zivilgesellschaft und insbesondere die Rolle der Intellektuellen in die Betrachtung aufzunehmen. Die Absicherung von Machtverhältnissen und sozialer Kohäsion wird über Konsenserzeugung in der Zivilgesellschaft, durch die Befriedung von sozialen und politischen Antagonismen, hergestellt. Zur Stützung dieses Konsenses bedarf es laut Gramsci (1991) organischer Intellektueller, die diesen über öffentliche Medien, Diskurse und in politischen Institutionen stabilisieren, womit auch einhergeht, subalternen Gruppen zu vermitteln, dass sie nicht befähigt sind, an dieser konsensbestimmenden Kompetenz der professionellen Intellektuellen teilzuhaben, was als weiteres konstituierendes Element autoritärer Disziplinierung angesehen werden kann. Vor diesem Hintergrund müssen die Aussagen von Apologet_innen der neoliberalen Agenda betrachtet werden.

Aus der Fülle an Beispielen aus der jüngeren Vergangenheit – etwa Aussagen im Zuge der Debatten um die Einführung des 12-Stunden-Tages, die Kürzung der Mindestsicherung, die Umsetzung weiterer Spar- und Lohnsenkungspolitik, etc. – seien hier zur Illustration nur einige beispielhaft herausgegriffen:

So schrieb Vizekanzler Strache, symbolisch für die Zuhilfenahme simplifizierender ökonomistischer Erklärungsmuster, „Was tut jede Hausfrau, wenn sie knapp bei Kasse ist? Sie spart bei den Ausgaben.“ (facebook-Präsenz von H.C. Strache, 10.12.2014). Schlichtheit im Ausdruck und das Aufzeigen vermuteter, stark vereinfachter Wirkungszusammenhänge vor dem kontinuierlich beschworenen Hintergrund einer universal gültigen ökonomischen „Vernunft“ oder „Fairness“ sind wesentliche Kennzeichen dieser Agenda.

So rührte Kardinal Schönborn als Vertreter der katholischen Kirche die Werbetrommel für den – in seiner Wahrnehmung eine „ethische Verpflichtung“ darstellenden – Sparkurs der Regierung mit dem Argument der durch Schulden belasteten Generationengerechtigkeit (DerStandard, 18.03.2018), ganz im Widerspruch zur Ansicht der Caritas, die diesbezügliche Vorschläge der Regierung als „gesellschaftlich gefährlich und ökonomisch widersinnig“ bezeichnete (DerStandard, 06.03.2018).

Vor allem die Aussagen von Sozialministerin Beate Hartinger-Klein, wonach 150 Euro monatlich (bei Vorhandensein einer Unterkunft) zum Überleben ausreichend seien, stießen auf heftigen Widerspruch. Abgesehen von der ersten Reaktion, in der unabhängige Medien in Anlehnung an den rechten „Wochenblick“ als „Fake-News-Schleudern“ bezeichnet wurden (Wochenblick online, 1. 8. 2018), liegt das zentrale autoritäre Element der Aussage jedoch nicht so sehr in der Festlegung eines bestimmten Betrages (auf den sich die Debatte im Wesentlichen konzentrierte), sondern in der dahinterliegenden Feststellung, dass es im Grunde zwei unterschiedliche Gruppen innerhalb der Gesellschaft gäbe: eine produktive, geschätzte Fraktion, der alle Freiheiten offenstehen sollen, und eine Gruppe, auf die der Maßstab der „Zumutbarkeit“ als alleiniges Kriterium angewendet wird (siehe dazu auch Adorno 1973, 237). Sozialministerin Hartinger-Klein (DiePresse online, 6. 8. 2018) gibt schließlich noch Auskunft über ihr subjektives Verständnis sozialer Partizipation, das in direktem Widerspruch zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht: „aber manche Dinge finde ich schon komisch. Zum Beispiel, dass ein Mensch ins Kino gehen muss, um an der Gesellschaft teilzuhaben.“

Anmerkungen

- 1) Die Ansicht, dass strikte Austeritätsmaßnahmen in vielen Fällen zu gegenteiligen Effekten führen und die dadurch erzeugten Divergenzen einer nachhaltigen wirtschaftlichen wie auch gesellschaftlichen Entwicklung im Wege stehen, hat in der Zwischenzeit selbst unter Vertreter_innen des IWF Verbreitung gefunden. Siehe z. B. Ostry et al., 2016.
- 2) Vor allem die Erkenntnisse und der theoretische Zugang der Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘ dienen hier als Grundlage. Je nach Forschungsinteresse und -zugang liegen jedoch eine Vielzahl an Konzepten vor, die – Überlegungen Gramscis und Poulantzas‘ folgend – daran anschließen; erwähnt, da hier von Relevanz, seien an dieser Stelle Bruff („Autoritärer Neoliberalismus“), Oberndorfer („Autoritärer Konstitutionalismus“), sowie Bruff und Wöhl (Krise sozialer Reproduktion in der Eurozone).

Literatur

- Adorno, T. (1973): Studien zum autoritären Charakter. Suhrkamp.
- Bröckling, U. (2013): Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Suhrkamp.
- Bruff, I. (2014): The Rise of Authoritarian Neoliberalism. *Rethinking Marxism: A Journal of Economics, Culture & Society*, 26:1, 113–129.
- Bruff, I., Wöhl, S. (2016): Constitutionalizing Austerity, Disciplining the Household. Masculine Norms of Competitiveness and the Crisis of Social Reproduction in the Eurozone. In: True, J., Hozic, A. (Hrsg.), 2016: *Scandalous Economics. Gender and the Politics of Financial Crises*, Oxford, 92–108.
- Demirovic, Alex, (1997): *Demokratie und Herrschaft. Aspekte Kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster.
- Forschungsgruppe ‚Staatsprojekt Europa‘ (Hrsg.) (2012): *Die EU in der Krise. Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*. Westfälisches Dampfboot.
- Georgi, F., Kannankulam, J. (2012): *Das Staatsprojekt Europa in der Krise. Die EU zwischen autoritärer Verhärtung und linken Alternativen*. Online: https://www.rosalux.eu/fileadmin/user_upload/staatsprojekt-europa-okt-2012.pdf (5.12.2018).
- Gramsci, A. (1991): *Gefängnishefte*. Hamburg, Kritische Gesamtausgabe. Hrsg. von Wolfgang Fritz Haug.
- Jäger, J., Springler, E. (Hrsg.) (2015): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical political economy and post-Keynesian perspectives*. Ripe Series in Political Economy, Routledge.
- Klein, A., Heitmeyer, W. (2011): *Demokratieentleerung und Ökonomisierung des Sozialen: Ungleichwertigkeit als Folge verschobener Kontrollbilanzen*. *Leviathan*. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 39(3): 361–383.
- Koza, M. (2018): *Schwarz-Blaues Regieren (II): Autoritärer Neoliberalismus*. In: *Kurswechsel* 01/18, 113–119. Sonderzahl.
- Lazzarato, M. (2012): *Die Fabrik des verschuldeten Menschen. Ein Essay über das neoliberale Leben*. B_books.
- Mason, J. (2011): *Facet Methodology: the case for an inventive research orientation*. *Methodological Innovations Online* 6(3), pp. 75–92 <https://pdfs.semanticscholar.org/b62b/16ccbb4609b3766cf43a41717441f9f7f2d3.pdf> (5.12.2018).
- Nachtwey, O. (2017): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Suhrkamp.
- Oberndorfer, L. (2016): *Der neue Konstitutionalismus in der Europäischen Union und seine autoritäre Re-Konfiguration*. In: Hans-Jürgen Bieling/Martin Große Hüttmann (Hrsg.), *Europäische Staatlichkeit. Zwischen Krise und Integration*. Wiesbaden, S. 177–200.

- Opratko, B., Prausmüller, O. (Hrsg.) (2011): Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der politischen Ökonomie. Argument.
- Ostry, J. D., Loungani, P., Furceri, D. (2016): Neoliberalism: Oversold? *Finance & Development*, Juni 2016, Vol. 53, No. 2 <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2016/06/ostry.htm> 5.12.2018.
- Pfeffer, Susanne (Hrsg.) (2016): *A New Fascism?* Koenig Books London.
- Tansel, C. B. (Hrsg.) (2017): *States of Discipline. Authoritarian Neoliberalism and the Contested Reproduction of Capitalist Order.* Rowman and Littlefield.
- Theurl, S. (2018): Arbeitsmarktpolitik Reloaded: Hartz IV für Österreich. In: *Kurswechsel* 03/18, 75–82. Sonderzahl.
- Wochenblick online. 1.8.2018. Ministerin wird attackiert. 150-Euro-Sager: So dreist verbreiten Mainstream-Medien Unwahrheiten. <https://www.wochenblick.at/150-euro-sager-so-dreist-verbreiten-mainstream-medien-unwahrheiten> (5.12.2018).
- Wöhl, Stefanie, (2007): *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik.* Königstein/Taunus.
- Wöhl, Stefanie, (2016): *Machtverschiebungen zur Exekutive. Demokratie in Zeiten multipler Krisen.* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte, APuZ*, 66. Jg., 40-42/2016, 42–46.